



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

28.03.2025

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Städte und Gemeinden appellieren an zukünftige Koalition: „Einigt Euch!“

Der Gemeindetag Baden-Württemberg appelliert an CDU/CSU und SPD, sich schnell auf eine Regierungsbildung zum Wohl unseres Landes zu verständigen. Die Menschen in Deutschland haben die berechtigte Erwartung, dass bei den Verhandlungen in Berlin die Kompromissfindung und die ernsthafte Suche nach den besten Lösungen im Mittelpunkt stehen. Für die 1.065 Mitgliedsstädte und -gemeinden erklärt der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg, Steffen Jäger:

„Die baden-württembergischen Städte und Gemeinden erwarten einen handlungsfähigen Staat und eine funktionierende Regierung. Eine neue Bundesregierung muss beweisen, dass unsere Demokratie die Kraft hat, endlich auch schwierige Reformprozesse anzupacken, konfliktbehaftete Themen zu lösen und politische Handlungsfähigkeit besitzt. Die Kommunalfinanzen befinden sich in einer dramatischen Schieflage. Für das Jahr 2024 gehen wir von einem historischen Defizit der baden-württembergischen Kommunen aus. Wenn das jüngst beschlossene Sondervermögen für Investitionen nachhaltig wirken soll, braucht es deshalb schnell eine strukturelle Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Dazu gehört eine Erhöhung der kommunalen Anteile an den Gemeinschaftssteuern, eine lückenlose Konnexität bei neuen und ausgeweiteten Aufgaben, ein klares Bekenntnis zur Subsidiarität und Selbstverwaltungsgarantie und zugleich eine ehrliche Aufgaben- und Standardkritik. Zudem muss die gesellschaftliche Gretchenfrage der Migrationspolitik wirksam gelöst werden. Das konsequente Begrenzen irregulärer Migration und die Steuerung der regulären Flüchtlingszugängen gehören genauso zu einer konsequenten und gesellschaftlich akzeptierten Migrationspolitik wie eine klug organisierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

Die Städte und Gemeinden sind überzeugt: Es liegt nichts weniger als die Zukunft unserer Demokratie in den Händen der verhandelnden Parteien. Die Grundlage für den Erfolg der nächsten vier Jahre muss in diesen Koalitionsverhandlungen geschaffen werden. Im Sinne

unseres Landes und im Sinne der Demokratie. Und deshalb die klare Botschaft nach Berlin:
Einigt Euch!“